

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

---

**Jahrgang 1996**

**Ausgegeben am 30. Dezember 1996**

**251. Stück**

---

- 777. Kundmachung:** Geltungsbereich des Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung
- 778. Kundmachung:** Geltungsbereich der Vereinbarung (M43) gemäß Rn. 2010 ADR betreffend die Beförderung von Abriebstaub, UN 3088 selbsterhitzungsfähiger organischer fester Stoffe, n.a.g. (Cashewnußschalenflüssigkeit, Polymer mit Formaldehyd), Klasse 4.2, Ziff. 5c)
- 779. Zusatzabkommen** zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika im Bereich der Sozialen Sicherheit (NR: GP XX RV 104 AB 179 S. 27. BR: AB 5183 S. 614.)
- 

### **777. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung**

Nach Mitteilung des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten des Königreichs der Niederlande hat Venezuela am 16. Oktober 1996 seine Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (BGBl. Nr. 512/1988, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 742/1995) hinterlegt.

Anlässlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde hat Venezuela nachstehende Vorbehalte erklärt:

Alle Mitteilungen an die zentrale Behörde sollten in spanischer Sprache abgefaßt sein.

Venezuela ist nicht gebunden, irgendwelche Kosten im Sinne des Art. 26 Abs. 3 zu übernehmen.

Gemäß Art. 6 Abs. 1 hat Venezuela das „Ministry of Foreign Affairs“ als zentrale Behörde bestimmt.

Vranitzky

### **778. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich der Vereinbarung (M43) gemäß Rn. 2010 ADR betreffend die Beförderung von Abriebstaub, UN 3088 selbsterhitzungsfähiger organischer fester Stoffe, n.a.g. (Cashewnußschalenflüssigkeit, Polymer mit Formaldehyd), Klasse 4.2, Ziff. 5c)**

Die Vereinbarung gemäß Rn. 2010 ADR betreffend die Beförderung von Abriebstaub, UN 3088 selbsterhitzungsfähiger organischer fester Stoffe, n.a.g. (Cashewnußschalenflüssigkeit, Polymer mit Formaldehyd), Klasse 4.2, Ziff. 5c) (BGBl. Nr. 511/1996) wurde von Norwegen am 11. Oktober 1996 unterzeichnet.

Vranitzky

**779. Zusatzabkommen zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika im Bereich der Sozialen Sicherheit**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

**ZUSATZABKOMMEN  
ZUM ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEN  
VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA IM BEREICH DER SOZIALEN  
SICHERHEIT**

Die Republik Österreich

und

die Vereinigten Staaten von Amerika

haben zur Änderung und Ergänzung des Abkommens über Soziale Sicherheit vom 13. Juli 1990 \*) – im folgenden Abkommen genannt – folgendes vereinbart:

**Artikel I**

1. a) Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b des Abkommens entfällt.  
b) Im Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe e des Abkommens werden die Worte „den Minister für Gesundheit und Sozialdienste“ durch die Worte „die Verwaltung der Sozialen Sicherheit“ ersetzt.
2. Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens erhält folgende Fassung:  
„(2) Hinsichtlich der österreichischen Rechtsvorschriften gilt Absatz 1 nicht in Bezug auf die Ausgleichszulage.“
3. Artikel 7 Absatz 1 des Abkommens erhält folgende Fassung:  
„(1) Wird eine Person, die im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich beschäftigt wird, vom Dienstgeber mit dem Sitz im Gebiet dieses Vertragsstaates vorübergehend in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so gelten die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates für diese Person, als wäre sie in dessen Gebiet beschäftigt, sofern die Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates voraussichtlich fünf Jahre nicht übersteigt.“
4. Dem Artikel 9 Absatz 2 des Abkommens wird folgender Satz angefügt:  
„Ist die Person ein Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten und gelten für sie die österreichischen Rechtsvorschriften auf Grund einer Ausnahme von Artikel 8, so sind diese Rechtsvorschriften so anzuwenden, als wäre sie ein österreichischer Staatsangehöriger.“
5. Artikel 11 des Abkommens erhält folgende Fassung:  
„Beanspruchen eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben hat, oder ihre Hinterbliebenen Leistungen, so hat der zuständige österreichische Träger nach den österreichischen Rechtsvorschriften festzustellen, ob die betreffende Person unter Zusammenrechnung der Versicherungszeiten nach Artikel 10 und unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen Anspruch auf die Leistung hat:
  - a) Hängt nach den österreichischen Rechtsvorschriften die Gewährung bestimmter Leistungen von der Zurücklegung der Versicherungszeiten in einem Beruf, für den ein Sondersystem besteht, oder in einem bestimmten Beruf oder in einer bestimmten Beschäftigung ab, so sind für die Gewährung dieser Leistungen die nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten zurückgelegten Versicherungszeiten nur zu berücksichtigen, wenn sie in einem entsprechenden System oder, wenn ein solches nicht besteht, im gleichen Beruf oder in der gleichen Beschäftigung zurückgelegt worden sind.
  - b) Verlängern nach den österreichischen Rechtsvorschriften Zeiten der Pensionsgewährung den Zeitraum, in dem die Versicherungszeiten zurückgelegt sein müssen, so verlängert sich dieser Zeitraum auch durch entsprechende Zeiten der Pensionsgewährung nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten.
  - c) Ein Versicherungsvierteljahr nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten gilt als drei Versicherungsmonate nach den österreichischen Rechtsvorschriften.“

---

\*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 511/1991

6. Artikel 12 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„(1) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften auch ohne Anwendung des Artikels 10 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige österreichische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten festzustellen.

(2) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften nur unter Anwendung des Artikels 10 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige österreichische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen festzustellen:

- a) Leistungen oder Leistungsteile, deren Betrag nicht von der Dauer der zurückgelegten Versicherungszeiten abhängig ist, gebühren im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu 30 Jahren, höchstens jedoch bis zur Höhe des vollen Betrages.
- b) Sind bei der Berechnung von Leistungen bei Invalidität oder an Hinterbliebene nach dem Eintritt des Versicherungsfalles liegende Zeiten zu berücksichtigen, so sind diese Zeiten nur im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu zwei Dritteln der vollen Kalendermonate von der Vollendung des 16. Lebensjahres der betreffenden Person bis zum Eintritt des Versicherungsfalles zu berücksichtigen, höchstens jedoch bis zum vollen Ausmaß.
- c) Buchstabe a gilt nicht
  - (i) hinsichtlich von Leistungen aus einer Höherversicherung,
  - (ii) hinsichtlich von einkommensabhängigen Leistungen zur Sicherstellung eines Mindesteinkommens.

(3) Erreichen die nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten insgesamt nicht zwölf Monate und besteht auf Grund dieser Versicherungszeiten allein kein Leistungsanspruch nach den österreichischen Rechtsvorschriften, so ist nach diesen Rechtsvorschriften keine Leistung zu gewähren.“

7. Die Artikel 13 und 14 des Abkommens entfallen.

8. Artikel 25 des Abkommens entfällt.

## **Artikel II**

(1) Dieses Zusatzabkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die beiden Regierungen einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die für das Inkrafttreten des Zusatzabkommens erforderlichen gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen.

(2) Artikel I Ziffer 2 dieses Zusatzabkommens ist rückwirkend vom Inkrafttreten des Abkommens anzuwenden.

(3) Artikel 12 Absatz 1 des Abkommens in der Fassung des Artikels I Ziffer 6 dieses Zusatzabkommens ist rückwirkend vom 1. November 1996 anzuwenden, wenn das Zusatzabkommen nach diesem Zeitpunkt in Kraft tritt.

(4) Ausgenommen in den Fällen des Absatzes 3 hat dieses Zusatzabkommen keine Neufeststellung von Leistungen zur Folge, auf die bereits vor seinem Inkrafttreten Anspruch bestanden hat.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Zusatzabkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 5. Oktober 1995 in zwei Urschriften in deutscher und englischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Regierung der Republik Österreich:

**Dr. Michael Fitz**

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika:

**Joan E. Corbett**

**SUPPLEMENTARY AGREEMENT  
AMENDING THE AGREEMENT BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND  
THE UNITED STATES OF AMERICA ON SOCIAL SECURITY**

The Republic of Austria

and

the United States of America

being desirous of amending and supplementing the Agreement on Social Security of July 13, 1990 – hereinafter referred to as the “Agreement” – have agreed as follows:

**Article I**

1. a) Subparagraph (1) (b) of Article 1 of the Agreement shall be deleted.
- b) Subparagraph (1) (e) of Article 1 of the Agreement shall be revised by replacing the words “the Secretary of Health and Human Services” with the words “the Social Security Administration”.

2. Paragraph (2) of Article 5 of the Agreement shall be revised to read as follows:

“(2) As regards Austrian laws, paragraph (1) of this Article shall not apply to the compensatory supplement.”

3. Paragraph (1) of Article 7 of the Agreement shall be revised to read as follows:

“(1) If a person who is normally employed in the territory of one Contracting State is sent by an employer having a place of business in the territory of that Contracting State to the territory of the other Contracting State for a temporary period, the person shall be subject to the laws of only the first Contracting State as if the person were employed in its territory, provided that the employment in the territory of the other Contracting State is not expected to exceed five years.”

4. Paragraph (2) of Article 9 of the Agreement shall be revised by adding the following sentence at the end thereof:

“If the person is a United States national and subject to Austrian laws as an exception to Article 8, those laws shall apply to him as if he were an Austrian national.”

5. Article 11 of the Agreement shall be revised to read as follows:

“When a person who has completed periods of coverage under the laws of both Contracting States, or the survivor of such a person, claims a benefit, the competent Austrian agency shall determine, in accordance with Austrian laws, whether the claimant is entitled to a benefit by adding together the periods of coverage, as provided in Article 10 and taking into account the following provisions:

- a) Where Austrian laws make the award of certain benefits conditional upon the completion of periods of coverage in an occupation covered by special schemes or in a specified occupation or employment, only periods of coverage completed under a corresponding scheme, or, failing that, in the same occupation or, where appropriate, in the same employment, under United States laws shall be taken into account for the award of such benefits.
- b) Where Austrian laws provide that the period of payment of a pension shall prolong the reference period in which the periods of coverage must be completed, periods during which a pension has been awarded under United States laws shall prolong the aforesaid reference period.
- c) A quarter of coverage under United States laws shall be treated as three months of coverage under Austrian laws.”

6. Article 12 of the Agreement shall be revised to read as follows:

“(1) Where under Austrian laws entitlement to a benefit exists without the application of Article 10, the competent Austrian agency shall determine the amount of the benefit in accordance with Austrian laws on the basis of periods of coverage to be taken into account exclusively under those laws.

(2) Where under Austrian laws entitlement to a benefit exists only with the application of Article 10, the competent Austrian agency shall determine the amount of the benefit in accordance with Austrian laws on the basis of periods of coverage to be taken into account exclusively under those laws and taking into account the following provisions:

- a) Benefits or parts of benefits the amount of which does not depend on the duration of the periods of coverage completed shall be calculated in proportion to the ratio of the duration of the periods

of coverage to be taken into account for the calculation under Austrian laws to 30 years, but not exceeding the full amount.

- b) Where periods after the contingency arises are to be considered for the calculation of invalidity or survivors benefits, these periods shall be taken into account only in proportion to the ratio of the duration of the periods of coverage to be taken into account for the calculation of the benefit under Austrian laws to two-thirds of the number of full calendar months between the date on which the person concerned reached the age of 16 and the date on which the contingency occurred, but not exceeding the full period.
- c) Subparagraph (a) shall not apply
  - (i) to benefits resulting from supplementary insurance,
  - (ii) to means-tested benefits designed to ensure a minimum income.

(3) Where the periods of coverage to be taken into account under Austrian laws for the calculation of the benefit are in aggregate less than twelve months, and no entitlement to a benefit has been established under Austrian laws exclusively on the basis of these periods of coverage, no benefit under these laws shall be paid.”

7. Articles 13 and 14 of the Agreement shall be deleted.

8. Article 25 of the Agreement shall be deleted.

### **Article II**

(1) This Supplementary Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month in which each Government shall have received from the other Government written notification that it has complied with all statutory and constitutional requirements for the entry into force of this Supplementary Agreement.

(2) Paragraph 2 of Article I of this Supplementary Agreement shall be effective retroactively beginning with the entry into force of the Agreement.

(3) Paragraph (1) of Article 12 of the Agreement as amended by paragraph 6 of Article I of this Supplementary Agreement shall be effective retroactively from November 1, 1996, if the Supplementary Agreement enters into force after this date.

(4) Except as provided in paragraph 3 of this Article, this Supplementary Agreement shall not result in any recalculation of benefits to which entitlement was established prior to its entry into force.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, being duly authorized thereto, have signed this Supplementary Agreement.

DONE at Vienna on October 5, 1995, in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Republic of Austria:

**Dr. Michael Fitz**

For the Government of the United States of America:

**Joan E. Corbett**

Die Mitteilungen gemäß Art. II Abs. 1 des Zusatzabkommens wurden am 25. bzw. 29. Oktober 1996 abgegeben; das Zusatzabkommen tritt gemäß seinem Art. II Abs. 1 mit 1. Jänner 1997 in Kraft.

**Vranitzky**